

Resolution des Kreistages Südliche Weinstraße zur Erdölförderung in der Ortsgemeinde Offenbach

1. Der Kreistag Südliche Weinstraße erklärt sich solidarisch mit der Ortsgemeinde Offenbach sowie der Bürgerinitiative "Kein Erdöl aus Offenbach" und lehnt Erkundungsbohrungen und eine mögliche Erdölförderung auf dem Feld bei Offenbach ab.
2. Für den Fall, dass das Verfahren für das Erdölfeld Offenbach dennoch weiterbetrieben wird, verlangt der Landkreis Südliche Weinstraße bereits für die Erkundungsbohrung die Durchführung eines Verfahrens zur Prüfung der Umweltverträglichkeit im Sinne des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes.
3. Für eine eventuelle Grundwasserentnahme zur Durchführung der Bohrung regt der Kreistag eine Stellungnahme der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd nach dem Wasserhaushaltsgesetz zum Schutz des Grundwasserkörpers an.
4. Der Kreistag fordert die Bundesregierung auf, den Kommunen im Bergbaurecht mehr Beteiligungsmöglichkeiten einzuräumen. Gleichzeitig fordert der Kreistag die Landesregierung und das Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz (LGB) auf, die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger sowie der Ortsgemeinde Offenbach ernst zu nehmen.

Begründung:

Unabhängig von den rechtlichen Rahmenbedingungen, die es der betroffenen Firma erlaubt, entsprechende Anträge zu stellen, haben sich die Ortsgemeinde Offenbach sowie einige Nachbargemeinschaften (Verbandsgemeinden Herxheim und Bellheim) gemeinsam gegen die mögliche Erdölförderung in Offenbach ausgesprochen.

So hat der Ortsgemeinderat der Ortsgemeinde Offenbach am 28.11.2019 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Gemeinderat spricht sich gegen die Durchführung von Erdöl-Erkundungsbohrungen sowie die im Nachgang daraus möglicherweise resultierende Erdölförderung auf Offenbacher Gemarkung aus, weil durch das Projekt negative Auswirkungen auf den Ort sowie heute noch nicht absehbare Risiken für die Bevölkerung und Umwelt zu befürchten sind und dies im Widerspruch zu der Philosophie unseres Ortes zur Abkehr von fossilen Energieträgern und hin zu erneuerbaren Energiequellen steht.“

In seiner Sitzung am 09.06.2021 hat der Ortsgemeinderat Offenbach folgenden Ergänzungsbeschluss gefasst:

„Der Gemeinderat bekräftigt seinen Beschluss vom 28.11.2019 und fordert die Bundesregierung auf, den Gemeinden mehr Mitspracherecht im Bergbaurecht

*einzuräumen. Gleichzeitig fordert der Gemeinderat die Landesregierung auf, die Bedenken der Gemeinde Offenbach und ihrer Bürger*innen ernst zu nehmen und den LGB zu veranlassen, diese Bedenken objektiv, transparent und kritisch zu prüfen!“*

Der Landkreis Südliche Weinstraße unterstützt mit dieser Resolution damit auch ausdrücklich die Ortsgemeinde Offenbach und ihre Einwohnerinnen und Einwohner in ihrem Bestreben eine CO₂-neutrale Energieversorgung durch Windkraft und Sonnenenergie auszubauen.

Der Landkreis Südliche Weinstraße selbst erstellt zurzeit ein Klimaschutzkonzept und hat durch die Bestellung und Einstellung eines Klimaschutzbeauftragten unter Beweis gestellt, dass er alles in seiner Kompetenz Liegende tun wird, um die Energiewende mit herbeizuführen.

Die Ortsgemeinde Offenbach und die Gemeinden und Städte des Landkreises Südliche Weinstraße haben sich in den zurückliegenden Jahren bereits intensiv mit der Gewinnung erneuerbarer Energien (z.B. Geothermie, Windkraft und PV-Anlagen) befasst und die Umsetzung von Projekten erfolgreich betrieben. Die Gewinnung und Verwendung fossiler Brennstoffe steht dieser Entwicklung konträr entgegen.

Die Entscheidung, die Erkundungsbohrung ohne vorherige Umweltverträglichkeitsprüfung zu erlauben, ist für die Menschen in unserem Landkreis nicht nachvollziehbar. Eine solch weitreichende Entscheidung mit noch gar nicht abschätzbaren Folgen für Mensch und Natur in der Region einfach so, ohne Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger und Kommunen vor Ort zu treffen, möchte der Kreistag Südliche Weinstraße nicht einfach so hinnehmen. Das Vorhaben in Offenbach stößt in der Region auf breite Ablehnung. Es kann nicht sein, dass eine Erkundungsbohrung ohne Untersuchung der Auswirkungen auf das Grundwasser in einer Wassermangelregion, wie es die Südpfalz mittlerweile ist, erlaubt wird. Auch die Auswirkungen auf das ökologische Gleichgewicht und die Landwirtschaft in der Region bleiben komplett unberücksichtigt.

Aus diesen Gründen fordert der Kreistag Südliche Weinstraße die Umweltverträglichkeitsprüfung für die Erkundungsbohrung sowie eine Änderung des Bergbaurechts.

Der Kreistag Südliche Weinstraße appelliert an die betreffende Firma, von ihrem Vorhaben in Offenbach Abstand und zur Kenntnis zu nehmen, dass die Menschen in Offenbach und Umgebung im Interesse der Erhaltung unserer schönen Kulturlandschaft und der Bekämpfung des Klimawandels das Projekt ablehnen.